

SHORT NEWS

Cargolux: Wer zahlt, darf mitfliegen

(lm) - Der Deal von Cargolux mit HNCA, der Fluggesellschaft der chinesischen Provinz Henan, wurde am Mittwoch im Regierungsrat gutgeheißen. Es handelt sich um einen erneuten Versuch, nach dem katarischen Abenteuer, den staatlichen Aktionär durch einen „strategischen Partner“ zu ersetzen. In den vergangenen Monaten wurde viel darüber gestritten, ob dies die richtige Wahl sei. Das Abkommen zwischen beiden Gesellschaften ist juristisch wohl nicht ganz wasserdicht, und die HNCA ist keine große private Fluggesellschaft wie Qatar Airways, sondern ein öffentliches Unternehmen, das die Entwicklung des neuen Flughafens in der Provinzhauptstadt Zhengzhou forcieren soll. Als Verkehrsknotenpunkt und Hauptstadt einer jener inneren Provinzen, deren Entwicklung Peking als prioritär ansieht, fehlt es der Stadt am Gelben Fluss nicht an wirtschaftlichem Potenzial. Andererseits kann, wie immer bei Geschäften in China, sehr viel schiefgehen. Im Lëtzeburger Land von vergangener Woche bestätigte der HNCA-Berater Richard Song gegenüber Michèle Sinner die unsicheren Zukunftsaussichten, erklärte aber, warum das Risiko für Cargolux in allen Fällen gering sei. Das mag stimmen, lässt den HNCA-Deal aber nicht als wirklich gute Lösung erscheinen. War es die fehlende Aussicht auf einen besseren Partner, oder eher die Verlockung der über 100 Millionen Dollar, die mit einem Händedruck im Staatshaushalt landen, die die Regierung überzeugte? Die Gewerkschaften stehen HNCA weiterhin kritisch gegenüber, und der OGBL will juristisch dagegen vorgehen, dass die Personalvertreter nicht korrekt in die Entscheidung einbezogen wurden. Eigentlich befürwortete die Gewerkschaft ja einen Verbleib in öffentlicher Hand - da mutet es leicht absurd an, dass sie sich so heftig gegen die öffentliche Hand aus Henan wehrt. Die Position der Regierung, die immer mit der Notwendigkeit argumentierte, das Image der Gesellschaft brauche einen privatwirtschaftlichen Miteigentümer, ist natürlich noch absurder. Außerdem vernachlässigen beide Seiten, welche ökologischen Auswirkungen die strategische Neuorientierung von Cargolux hat. Gerade die sonst so wirtschaftsfreundlichen Piraten erinnern in einem offenen Brief den Infrastrukturminister François Bausch an Aspekte wie nächtliche Lärmbelastung und CO₂-Ausstoß. Schlimmstenfalls könnten in der Tat ein paar Jahre lang halb leere Frachtjets allnächtlich in Richtung Zhengzhou abfliegen, und danach - weil die chinesische Regierung andere Projekte pusht, HNCA - wie zuvor Qatar Airlines - ihr Aktienpaket wieder an den luxemburgischen Staat verkaufen. Zurück auf Los.

woxx@home

De Werner kritt 100 Joer

Am 29. Dezember würde Pierre Werner seinen 100. Geburtstag feiern. Für woxx/GréngeSpoun-MacherInnen der ersten Stunde ein Anlass, sich eine Zeit in Erinnerung zu rufen, als das Wort vom CSV-Staat noch nicht als Beleidigung einer Partei, sondern als reine Tatsachenfeststellung betrachtet wurde. Vor fast 40 Jahren wählten die LuxemburgerInnen den damals schon als Polit-Opa gehandelten Werner ab, fünf Jahre später wählten sie ihn qua Plebiszit zurück ins Amt. Dazwischen lag eine Periode der gesellschaftlichen Erneuerung, die die Werner-CSV geschickt umzumünzen verstand. Schon damals gab es einen Religionsstreit: Die CSV bekämpfte - zunächst erfolglos - die von der liberal-sozialen Koalition eingeführte „Dritte Möglichkeit“ - also die Option, weder Religions- noch Moral-Unterricht besuchen zu müssen. Diesen Streit gewann die CSV mit einiger Verzögerung im Juni 2002, zehn Tage vor Werners Tod. Irgendwie wiederholt sich die Geschichte also doch.

AKTUELL

STEUERFLUCHT

Luxemburg schont Multis

Richard Graf

Am Tag vor dem ECOFIN-Treffen diese Woche veröffentlichte Eurodad einen Bericht über die Steuerflucht aus Drittländern nach Europa. Auch Luxemburg ist ein Kapitel gewidmet.

„Mit der einen Hand geben, mit der anderen nehmen“, heißt der jüngste Bericht des European Network on Debt and Development (Eurodad), der die Steuerflucht multinationaler Konzerne aus Ländern des globalen Südens nach Europa hinterfragt. Eurodad ist eine europäische NGO, die sich ursprünglich mit der Verschuldungsproblematik der Länder der sogenannten Dritten Welt auseinandergesetzt hat, seit einigen Jahren den Fokus aber auf Kapitalflucht und Steuerhinterziehung legt.

Anhand des Berichts wird einmal mehr deutlich: Viele Entwicklungsländer könnten der Verschuldungsfalle entkommen, wenn die dort erwirtschafteten Gewinne einer ordentlichen Besteuerung unterzogen würden. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen und Sozialleistungen müssen aber, wegen zu geringer Steuereinnahmen, auf Pump geschehen oder fallen dem Rotstift zum Opfer, was die Misere von Millionen von Menschen nur noch schlimmer macht.

Spätestens seit der Finanzkrise 2008 hat sich auch in Europa eine Maß an Sensibilität entwickelt, was die Besteuerung von Unternehmensgewinnen außerhalb der Länder, in denen sie erwirtschaftet worden sind, anbelangt. Dieses Steuerdumping war von den neoliberalen Modernisierern gewollt: Die Länder, die am besten haushalten, erheben die niedrigsten Steuern und werden so attraktiv für internationale Unternehmen - so die These. Die fatalen Folgen dieses Konkurrenzkampfes sind hinlänglich bekannt.

Im Zentrum der Eurodad-Analyse stehen indes die negativen Konsequenzen, den die europäische Steuer- und Finanzkonstruktion für die Entwicklungsländer bedeutet. Gemeint ist die insgesamt ungenügende Transparenz hinsichtlich der Steuereinnahmen aus Unternehmen, die ihre Gewinne nicht im Versteuerungsland machen.

Genaue Zahlen, wie hoch die Beträge sind, die dem Fiskus in den Drittländern entgehen, gibt es natürlich nicht. Konservative Studien gehen von Schätzungen aus, die zwischen 660 und 870 Milliarden Euro liegen. Gemeint sind

„illegitime“ Finanzflüsse, also nicht unbedingt illegale: Wenn ein Mutterhaus in Europa eine Dienstleistung an eine Tochter (etwa die Vermietung bestimmter Maschinen) überteuert abrechnet, dann wandert der Gewinn aus dem Drittland in die Zentrale und wird - wenn überhaupt - dort versteuert.

Country-by-country

Eine der Hauptforderungen, die Eurodad aus diesem Tatbestand ableitet, ist das obligatorische Erstellen sogenannter „country by country“-Berichte, in denen die Konzerne detailliert aufführen, welche Gewinne in den verschiedenen Ländern, in denen sie präsent sind, erwirtschaftet werden. Und vor allem: Wo welche Steuern bezahlt werden. Damit wäre die Basis geschaffen, um illegitimen Umschichtungen entgegenzuwirken.

Der Eurodad-Bericht enthält 13 Länderberichte, die von VertreterInnen der dortigen Zivilgesellschaft verfasst wurden. Das Luxemburger Kapitel gemeinsam mit dem Abschnitt zum Vereinigten Königreich das umfangreichste - anerkennt einerseits den wichtigen Stellenwert, den der finanzielle Sektor für die nationale Ökonomie einnimmt. Doch sei es gerade die zentrale Bedeutung des Luxemburger Finanzplatzes, die einen hohen Grad an Verantwortung in der Steuerfluchtproblematik erzwingt. Zwar seien in letzter Zeit deutlichere Signale von Seiten der Luxemburger Politik ausgegangen, etwa in Sachen Informationsaustausch einzulenken, doch in puncto Transparenz stellt Eurodad Luxemburg, gerade beim so wichtigen „country-by-country“-Reporting, besonders schlechte Noten aus: Eine entsprechende Offenlegung, etwa im Rahmen der beim Handelsregister hinterlegten Wirtschaftsdaten, ist weiterhin nicht vorgesehen.

Gerade im Hinblick auf die von Luxemburg geleistete verhältnismäßig hohe Entwicklungshilfe fordert der Eurodad-Bericht deshalb eine umfangreiche, unparteiische Kohärenz-Analyse der Auswirkungen des Luxemburger Steuer- und Gesellschaftsrechts auf die Länder der Dritten Welt. Ähnliches forderte eine Studie des Cercle des ONGD schon vor vier Jahren und löste einen Sturm der Entrüstung aus. Diesmal blieb es - bislang - ruhig im blau-rot-grünen Märchenpark.